Mit der Reform des FamFG (§163)

und den Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Familienrechtliche Gutachten“ in der zweiten Auflage von 2019 wurden Mindestanforderungen formuliert, die Gutachter in familien- und kindschaftsrechtlichen Verfahren erfüllen sollten. Diese Anforderungen legen fest, welche staatlich anerkannten Studienabschlüsse und Zusatzqualifikationen erforderlich sind.

Gutachter müssen in der Lage sein, komplexe Beweisbeschlüsse inhaltlich zu verstehen und zu vermitteln. Dazu gehört auch, dass sie sich mit der rechtlichen Denkweise des Auftraggebers (des Familienrichters) vertraut machen können. Kenntnisse der einschlägigen materiellen und verfahrensrechtlichen Gesetze sowie der höchstrichterlichen Rechtsprechung sind unerlässlich. Der Gutachter wird nach Ermessen des Familienrichters für den jeweiligen Fall ausgewählt und bestellt, um Beweise zu ermitteln und Empfehlungen in einem Gutachten vorzulegen.

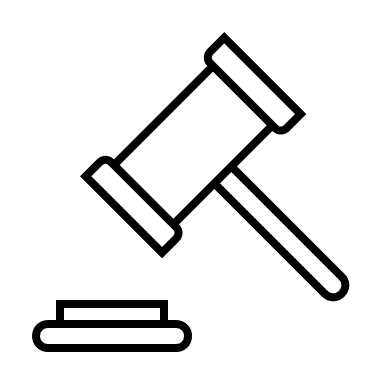
Im FamFG § 7 wird zwischen formell und sonstigen Beteiligten unterschieden. Sonstige Beteiligte sind Personen, die im Zuge der Amtsermittlung des Gerichts angehört werden, um Klärungen zu ermöglichen. Sie sind nicht direkt am Verfahren beteiligt, sondern unterstützen die Beweisaufnahme. Gutachter zählen zu diesen Personen.

Formell Beteiligte sind laut §7 FamFG immer das betroffene Kind, dessen Verfahrensbeistand, die gesetzlichen Vertreter (Vormund oder Ergänzungspfleger), in der Regel die rechtlichen Eltern, unter Umständen auch die biologischen Eltern, eventuell Pflegeeltern und in Kinderschutzverfahren immer das Jugendamt. Das formell beteiligte Kind ist der wichtigste Mensch im Verfahren, und alle anderen Beteiligten sollten sich stets an dessen Bedürfnissen orientieren.

Es gibt ein afrikanisches Sprichwort:

“Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen.“

Wir alle haben die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass unsere Kinder gesund und glücklich aufwachsen und gestärkt in die Welt hinausgehen können. Da es jedoch Krisen und Veränderungen im Leben gibt, die wir unseren Kindern nicht ersparen können, hat der Gesetzgeber unterstützende Regelungen zum Schutz von Kindern und zur Gestaltung von Familien geschaffen.

****

Bitte bedenken Sie, dass sich die GutachterInnen **bei der Terminabsprache nicht schon mit Anliegen befassen dürfen, die den eigentlichen Rechtsstreit betreffen**.

Jeder vorweggenommene inhaltliche Diskurs mit Ihnen und jede Antwort auf das Verlangen einer Partei, was wir tun oder lassen sollen, würde unsere **Neutralität gefährden**.

1. **Am Beginn des ersten Gesprächs** erfolgt eine umfangreiche Belehrung zu Ihren Rechten und zum Datenschutz sowie Erläuterung des weiteren Vorgehens.
2. **In familienrechtlichen Begutachtungen** vereinbaren wir immer zunächst **Termine mit den Eltern allein**, bevor wir die Kinder kennenlernen.
3. Ob und ggf. welche **Testverfahren** zum Einsatz kommen, hängt von der gerichtlichen Fragestellung, von Präferenzen der Sachverständigen und vom Alter des betroffenen Kindes ab.
4. **Grundsätzlich** ist auch ein Zusammentreffen des Kindes / der Kinder mit dem **getrenntlebenden Elternteil** vorgesehen.
5. Mein Arbeitsgebiet umfasst Begutachtungen, die Fachkunde in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychologie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters erfordern. **Familienrechtsgutachten**
   1. (Trennungs- und Scheidungsfolgen, elterliche Sorge,  
      Umgang, Aufenthalt u.a.)
6. Gutachten und Expertisen **werden nur im amtlichen Auftrag**, nicht im Auftrag streitender Parteien erstellt.